

A N T R A G

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Markus Sint

betreffend:

Bevölkerung entlasten:

Tonnage-Beschränkung in verkehrsbelasteten Straßenabschnitten in Hall umsetzen!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

A N T R A G:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird beauftragt, an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck heranzutreten und die Verordnung eines „Fahrverbotes für Fahrzeuge mit über 7,5 t Gesamtgewicht“ für die L8 (B171 Tiroler Straße) im gesamten Abschnitt „Stadtgraben“ und „Bruckergasse“ in Hall in Tirol in die Wege zu leiten.“

Weiters wird beantragt, diesen Antrag dem **Ausschuss für Wohnen und Verkehr** zuzuweisen.

BEGRÜNDUNG:



L8 (B171 Tiroler Straße), Stadtgraben und Bruckergasse in Hall in Tirol

Durch den abgebildeten „Stadtgraben“ und die „Bruckergasse“ in Hall in Tirol fahren täglich mehr Fahrzeuge als über den Fernpass. Es sind mehr als 20.000 Fahrzeuge beim Kreisverkehr Oberer Stadtplatz und mehr als 18.000 Fahrzeuge beim Stadtgraben. Dies hat die Verkehrsanalyse 2015 der Stadt Hall ergeben. Diese Bereiche in Hall sind im Gegensatz zum Fernpass aber eigentlich keine Transitstrecken.

Die Zahlen zeigen sehr deutlich auf, dass beim Thema Verkehr in Hall dringender Handlungsbedarf besteht. Die Belastung ist für die Anrainer unzumutbar, dennoch zeichnet sich bis dato kein Lösungsansatz ab. Nach wie vor wartet die Bevölkerung auf ein Verkehrskonzept, das den West-Ost-Verkehr, aber eben auch den Nord-Süd-Verkehr eindämmen soll.

Um aber zumindest den Schwerverkehr in der Stadtdurchfahrt zu reduzieren, sollte im angesprochenen Bereich „Stadtgraben“ und „Bruckergasse“ ein „Fahrverbotes für Fahrzeuge mit über 7,5 t Gesamtgewicht“ verordnet werden. In diesem Bereich handelt es sich um eine

Landesstraße, die L8 (B171 Tiroler Straße), weshalb die Landesregierung bzw. die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck zuständig ist.

Die Haller Gemeinderatspartei „*FÜR HALL - Unabhängige Bürgerliste*“ hat im Sinne vieler Betroffener diese Verkehrsproblematik bereits mehrfach zum Thema im Gemeinderat gemacht. Sie fordert neben der antragsgegenständlichen Lösung auch weitergehende Tonnagebeschränkungen auf Gemeindestraßen, wie zum Beispiel auf der Zollstraße. In diesem Fall ist die Gemeinde in ihrem eigenen Wirkungsbereich tätig.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass selbst am Fernpass eine 7,5 Tonnen-Beschränkung besteht und vielleicht sogar bald Mautpflicht.

Innsbruck, am 06. Dezember 2018